

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/211

Bonn, den 6. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Programmreden genügen nicht</u> Zur inneren Situation der CDU	43
2	<u>BRÜSSEL</u> Der Europa-Zug setzt sich wieder langsam in Bewegung	40
3 - 4	<u>Sowjetisch-jugoslawische Polemik</u> Fälschungen - Spaltungsversuche - Hetze Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	66
5 - 7	<u>Das Volk und die Wahrheit</u> Gespräche mit Georgios Papandreu † Tagebuchnotizen von G. Markscheffel	137

\*

\*

\*

Programmreden genügen nicht

Zur inneren Situation der CDU

sp - Ob die CDU mit ihrem Berliner Parteitag zufrieden sein kann, wird von vielen Delegierten bezweifelt. Man hatte eine kraftvolle Demonstration der Geschlossenheit erwartet, sieht sich jetzt aber unversehens vor einer Fülle ungelöster Probleme, die auch durch ein schnell verabschiedetes Programm nicht aus der Welt geschaffen werden können. Schon die Reaktion des Parteitages auf die Rede des Vorsitzenden Kiesinger zeugte von einer gewissen Nervosität. Fraktionsvorsitzender Barzel versuchte die Stimmung zwar wieder aufzumöbeln; dennoch blieb der Zweifel an der Geschlossenheit der Führung im Nacken der Parteitags-Delegierten sitzen.

Eine Art "Rakete" sollte die Forderung nach Einrichtung eines Bundesministeriums für Bildung sein. Die Delegierten billigten diesen Vorschlag, wurden aber schon wenige Stunden danach mit dem Unwillen der CSU-Schwesterpartei konfrontiert, die als Spitzenreiter des Föderalismus sofort dem Verlangen des CDU-Parteitages den Kampf ansagte.

Über die in Vergessenheit geratene "Deutschlandpolitik" der CDU ist an dieser Stelle schon einiges gesagt worden. Wenn nicht noch am Schluß des Parteitages eine gewisse Klärung herbeigeführt wird, muß man sich wohl mit der Feststellung begnügen, daß die CDU trotz vieler interner Diskussionen gerade über dieses Thema nicht einen Schritt weiter gekommen ist.

Das Schattenboxen zur Wahlrechtsreform dürfte wohl niemand ernst nehmen. Auch nicht die Begleitmusik, die das Innenministerium in letzter Minute hierzu geliefert hat. Anstatt zu sagen, wie ein Mehrheitswahlrecht aussehen soll, hat man auf die SPD geschimpft und sich mit der lapidaren Feststellung begnügt, man wolle ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.

Diese Forderung ist keineswegs neu; aber sie immer nur zu wiederholen, ohne konkrete Vorschläge zum Inhalt eines solchen Wahlgesetzes zu machen, bringt uns auch nicht weiter.

Die auf dem Berliner CDU-Parteitag zur Politik von Bundeswirtschaftsminister Schiller gemachten Bemerkungen sind nur komisch. Jeder einigermaßen politisch interessierte Bürger unseres Staates weiß, wie Wirtschaft und Finanzen im Dezember 1966 aussahen, was Professor Schiller seither mit Zustimmung der CDU getan hat und wie froh alle Deutschen sind, daß Währung und Preise stabil blieben, die Arbeitsplätze wieder gesichert und die Auftragsbücher der Unternehmer für mehrere Jahre prall angefüllt sind.

Wir sind sicher, daß die CDU im Laufe der Zeit noch erkennen wird, daß auch für einen Parteitag Propagandareden nicht genügen.

BRÜSSEL

**Der Europa-Zug setzt sich wieder langsam in Bewegung**

sp - Mit elf Monaten Verspätung hat sich der Europa-Zug in Brüssel wieder etwas in Bewegung gesetzt. Am 19. Dezember 1967 war er durch das erneute französische Veto zur Aufnahme Großbritanniens blockiert worden. Seither stand der Europa-Zug zwar immer unter Dampf, die Bremsen blieben jedoch angezogen.

Am Dienstagabend dieser Woche konnten Bundesaußenminister Willy Brandt und seine Kollegen im Ministerrat der EWG etwas aufatmen. Frankreichs Außenminister Debré hatte zwar noch nicht das Signal auf Grün gestellt; auf Gelb leuchtete es jedoch schon.

Der Beschluß des Ministerrates, der nunmehr die Bahn wieder etwas frei gibt, lautet:

- \* Die ständigen Regierungsvertreter und die Europäische Kommission sollen in Kürze Vorschläge für ein Handelsarrangement und die technologische Zusammenarbeit zwischen der EWG, Großbritannien und anderen beitrittswilligen Staaten ausarbeiten.
- \* Gleichzeitig soll ein Programm für den inneren Ausbau der drei Europäischen Gemeinschaften - EWG, EURATOM und MCNTANION - vorgelegt werden.

Ferner: Frankreich hat zugestimmt, daß innerhalb der nächsten vier Jahre eine Zollsenkung in Höhe von 15 Prozent - auch über den Rahmen der EWG-Staaten hinaus - durchgeführt werden soll. Die Bundesrepublik war mit anderen EWG-Partnern der Meinung, diese Zollsenkung solle schon innerhalb von drei Jahren, und zwar bis zu 40 Prozent, erfolgen.

Angeichts der Gefahr, daß Frankreich unter Umständen weitere Gespräche über die Festigung und Erweiterung der EWG wieder blockieren könnte, hat man sich unter allgemeiner Zustimmung auf die hier skizzierten Kompromisse geeinigt.

Natürlich werden auch diese Kompromisse nicht jeden befriedigen, der es ernst mit Europa meint. Auf der anderen Seite muß jedoch berücksichtigt werden, daß noch vor wenigen Wochen die Situation äußerst verworren war; niemand konnte sagen, ob - um im Bilde zu bleiben - der Europa-Zug wieder anfahren würde.

Nun muß weiter gearbeitet werden, zäh und unverdrossen, immer mit dem Ziel vor Augen, gleichzeitig das Europa der Sechs zu festigen und den Staaten, die ihre Beitrittswilligkeit zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schon bekundet haben, Gelegenheit zu geben, sich aktiv einschalten zu können.

Entsprechend ihrer bisherigen Haltung wird die Bundesregierung auch in Zukunft mit konstruktiven Vorschlägen diese Arbeit fördern.

Sowjetisch-jugoslawische Polemik

Fälschungen - Spaltungsversuche = Hetze

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Kiro Mokroff stammt aus der jugoslawischen Teil Mazedoniens und war während des Krieges einer der Partisanen Titos. Dieser Tage machte Mokroff eine Reise in die Sowjetunion, für Jugoslawen eine vollkommen normale Angelegenheit, denn in Titos Staat besteht Freizügigkeit. Tourist Mokroff sah sich Moskau an und besuchte dann, was könnte einem alten jugoslawischen Partisanen näher liegen, das Büro des sowjetischen Komitees der Kriegsinvaliden. Die alten Kämpfer unterhielten sich freundlich miteinander, und Mokroff maß seiner Visite weiter keine Bedeutung bei. Doch er hatte sich in seinen Gesprächspartnern getäuscht: Was vollkommen der privaten Initiative des jugoslawischen Touristen Mokroff entsprungen war, wurde von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zu einer höchstpolitischen Affäre aufgeblasen. Mokroff, so lasen es die Sowjetmenschen und TASS-Abonnenten in aller Welt, sei in seiner Eigenschaft als Mitglied des Komitees des Bundes der vereinigten Frontkämpfer in die Sowjetunion gekommen und habe in eben dieser Eigenschaft als Funktionär des Verbandes ehemaliger Tito-Partisanen seine sowjetischen Genossen besucht.

Der Zweck dieser Fälschung liegt auf der Hand: Die Sowjets versuchen, sich selbst und der Öffentlichkeit in aller Welt weiszumachen, daß nicht alle jugoslawischen Kommunisten den Kurs unterstützen, den der Bund der Kommunisten Jugoslawiens nach der sowjetischen Militärintervention in der CSSR eingeschlagen hat. Es gibt, so deutet die sowjetische Presse immer wieder an, in Jugoslawien eine breite Kluft zwischen den revolutionären Volksmassen und der revisionistischen Führungsschicht. Zuletzt geschah dies anlässlich des kürzlich gefeierten 24. Jahrestages der Befreiung Belgrads von den Okkupanten.

Diese Behauptung kann in ihrer Lächerlichkeit natürlich kaum übertroffen werden, doch man muß sie ernst nehmen, denn ähnlich verfahren die Sowjetideologen im Konflikt zwischen Moskau und Prag. Auch dort wurde, vor Beginn der Intervention, behauptet, die ver-

räterische Parteilique um Dubček unterdrücke die wahren Kommunisten, die für die Bindung der CSSR an die Sowjetunion einträten. Bis heute behauptet die Sowjetunion, es seien solche echten Kommunisten gewesen, die die Sowjetarmee zur Intervention aufgefordert hätten - in Belgrad sieht man diese Parallele sehr genau.

Die sowjetische Presse schreckt auch sonst vor Fälschungen nicht mehr zurück; so fälschte die Moskauer ISWESTIJA zum Beispiel einen Kommentar der NEW YORK TIMES anlässlich des Besuches des amerikanischen Unterstaatssekretärs Katzenbach in Jugoslawien um, indem sie dem amerikanischen Berichterstatter die Behauptung unterstellte, Jugoslawien habe seine Politik der Blockfreiheit zugunsten einer Annäherung an den Westen aufgegeben, was wiederum eine Parallele zu der sowjetischen Behauptung ist, die CSSR sei im Begriff gewesen, ins kapitalistische Lager überzugehen.

Ähnlich wie gegenüber der CSSR nennt die Sowjetpresse neuerdings auch schon die Namen jener, die für die aus sowjetischer Sicht so furchtbar gefährliche Entwicklung verantwortlich seien: Tito, sein slowenischer Genosse Edvard Kardelj, der Präsident der kroatischen Partei, Bakarić, und der Präsident der mazedonischen Kommunisten, Krste Crvenkovski. Ihre Tätigkeit würde von den Sowjetmenschen mit Schmerz und Trauer beobachtet, meint die sowjetische Propaganda, aber in Belgrad fragt man sich zu Recht, wo Schmerz und Trauer waren, als die Sowjetunion zusammen mit dem ganzen Ostblock im Jahre 1948 eine wirtschaftliche Blockade über das kommunistische Jugoslawien verhängte und damit das wirtschaftlich unterentwickelte Land auf dem Balkan um Jahre zurückwarf.

Wenn die sowjetische Presse heute auf Arbeitslosigkeit, Auswanderungserscheinungen und andere Schwierigkeiten Jugoslawiens hinweist, dann sollte man die Öffentlichkeit vielleicht daran erinnern, daß zu einem wesentlichen Teil Konsequenzen Aktion sind, die mit brüderlicher Hilfe nichts zu tun hatte. Das hohe und schöne Wort von der Brüderlichkeit hat im Munde sowjetischer Ideologen und Propagandisten einen sehr dunklen Klang, wie man in Belgrad schon weiß.

Das Volk und die Wahrheit

Gespräche mit Georgios Papandreu †

Tagebuchnotizen von G. Markscheffel

Athen 1961

Die Zentrumsunion unter Führung des schon über 70 Jahre alten Georgios Papandreu hatte bei den Wahlen nicht die erwartete Mehrheit erringen können. Der konservative Karamanlis war als knapper Sieger hervorgegangen. In seinem Arbeitszimmer vor den Toren von Athen sitze ich Papandreu gegenüber. Er ist nicht niedergeschlagen, er fühlt sich nicht vom Volk verlassen. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich hunderte von Briefen aus Dörfern und Provinzstädten. In allen diesen Briefen wird Beschwerde darüber geführt, wie groß der Wahlterror war, wie die Gendarmen auf den Dörfern verhinderten, daß bekannte Gegner der Regierungsparteien zur Wahl gehen konnten. In kleinen Garnisonstädten wurden die Soldaten von ihren Offizieren geschlossen zur Wahl geführt und hatten dort mit offenen Stimmzetteln "gewählt". Sogar Fotografien zeigt mit Papandreu, auf denen deutlich sichtbar ist, wie Offiziere den Soldaten beim Wählen über die Schulter blicken...

"Das alles werden wir dem Staatsgerichtshof vorlegen. Wir werden so lange Krach schlagen, bis die Wahl wiederholt werden muß. Schreiben Sie bitte in Deutschland, was hier los ist." Dann etwas zögernd: "Ich weiß nicht, ob Karamanlis darüber im Bilde ist. Ich halte ihn für einen anständigen Menschen. Ich kann nicht glauben, daß er diesen Wahlbetrug sanktioniert."

Mit einer großen Geste zeigt Papandreu auf die Landschaft, die in der heißen Sonne glitzert. "Sehen Sie, dieses Volk ist immer wieder betrogen worden. Da gibt es die reichen Griechen, die ihr Vermögen im Ausland anlegen und sich hier höchstens an einer ausländischen Kapitalgesellschaft beteiligen. Wir haben gute Hochschulen, aber schlechte Volksschulen. Wir haben hervorragende Ingenieure, die viel aus unserem Land machen könnten. Wir haben aber keine verantwortungsbewusste Oberschicht. Kapital wird bei uns kaum investiert; man spekuliert damit nur."

Ich frage Papandreu, ob er glaubt, daß sein Volk ihn versteht. Nur zögernd kommt die Antwort. "Glauben Sie mir, das ist ja die Schwierigkeit. Die Menschen fühlen zwar, daß sie ständig betrogen und belogen werden, sie wissen aber nicht, ob das alles bei einem Regierungswechsel anders wird. Deswegen wandern sie aus. Nach Deutschland, nach Amerika, nach Australien."

Was er tun werde, falls der Staatsgerichtshof die Wahlfälschungen nicht ahndet, will ich wissen.

"Ich werde nicht locker lassen. Solange ich lebe, werde ich dafür kämpfen, daß mein Volk wieder frei atmen kann. Aber wenn dieser Kampf zu lange dauert, wenn sich nichts in Griechenland

ändert, werden wir entweder eine Diktatur von links oder von rechts bekommen. Meine ganze Hoffnung gilt der jungen Intelligenz. Sagen Sie in Deutschland, daß man bei Ihnen von dieser jungen Intelligenz viel erwartet. Natürlich ist Kapital wichtig bei uns in Griechenland, aber noch wichtiger ist, daß die jungen Menschen bei uns spüren und von draußen zu hören bekommen, wieviel man ihnen zutraut."

Nach einer langen Pause, während Papandreu immer noch aus dem Fenster blickt, sagt er: "Meine nächste und dringendste Aufgabe ist die Schaffung eines politischen Programms der Zentrumsunion. Wir müssen uns von der Vorstellung befreien, daß die Politik nur von Personen gemacht wird und daß Programme nichts bedeuten. Da können die Griechen noch viel von euch Deutschen lernen. Dieses Programm muß den Griechen zeigen, daß es auch für Griechenland möglich ist, den Anschluß an die modernen Industriestaaten zu finden."

#### Athen 1964

Papandreu hat die Wahlen dieses Jahres mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Wenige Wochen nach diesem Sieg bin ich wieder in seinem Arbeitszimmer. Aber nicht ein strahlender Sieger sitzt vor mir, nicht der Volkstribun, den ich erwartet hatte, sondern ein in sich gekehrter Mann, der den Eindruck erweckt, als trage er eine schwere Bürde. An unser letztes Gespräch kann er sich noch genau erinnern. Schon der erste Satz, den er spricht, wirkt so, als lägen nicht Jahre erbitterter Kämpfe hinter Georgios Papandreu, dem jetzigen Ministerpräsidenten. Vor ihm auf dem Tisch liegen wieder zahlreiche Briefe. Ich entdecke aber auch ein kleines Heft in deutscher Sprache: Das Grundsatzzprogramm der SPD. Papandreu nimmt es zur Hand, blättert darin und sagt, es sei doch eigentlich bedauerlich, daß ich nicht neugriechisch könne, dann würde er mir sein Regierungsprogramm zeigen. Sicher könnte ich darin vieles entdecken, was mir bekannt vorkommt.

In der Tat: Papandreu hat seine Zentrumsunion auf ein modernes Regierungsprogramm verpflichtet, das eine Fülle von Erkenntnissen und Anregungen enthält, die sich zweifellos von sozialdemokratischen Grundauffassungen herleiten lassen. Bildungsskarcen für alle Begabten, Förderung des Genossenschaftswesens auf dem Lande und in der Stadt, Förderung einer freien Gewerkschaftsbewegung, deren Führung nicht wie bisher vom Staat, sondern von den Arbeitern selbst gewählt wird, Ausbau des Verkehrswesens, Intensivierung der internationalen Beziehungen, eindeutiges Bekenntnis Griechenlands zur freien Welt und vieles andere mehr, was für demokratische Staaten selbstverständlich, für Griechenland bisher aber nur als revolutionäre Vision galt.

Dazu sagt der Ministerpräsident: "Sehen Sie, das alles habe ich im Wahlkampf gesagt. Meine Griechen haben mich verstanden. Deswegen haben wir gesiegt. Jetzt aber müssen wir weiterkämpfen. Manchmal komme ich mir so vor, wie Sie deutschen Demokraten nach dem November 1918. Sie hatten gesiegt, die Reaktionäre hatten sich in ihre Schlupflöcher verkrochen, waren aber jederzeit bereit, den Fort-

schritt in die Arme zu fallen. Ich fürchte, daß die Hauptarbeit noch vor uns liegt."

Und nach längerem Schweigen: "Die Kommunisten warten nur darauf, daß die Reform unseres Gesellschafts- und Staatslebens nicht gelingt; die Militärs warten auch darauf. Ihnen paßt es einfach nicht, daß die seit Jahrzehnten in unserem Land herrschende Clique nichts mehr zu sagen haben soll. Sie wollen weiter Geschäfte auf Kosten des Volkes machen. Jetzt appelliere ich an die griechischen Gastarbeiter, besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Sie sollen nicht nur Geld verdienen, sondern auch viel lernen. Sie sollen sich den freien Gewerkschaften anschließen, und wenn sie dann einmal wieder in ihre Heimat zurückkehren, dann sollen sie das Fundament des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates sein."

#### Athen 1965

Papandreou ist abgesetzt. Die Militärs haben beim Königshaus so lange intrigiert, bis der junge unerfahrene König dem greisen Papandreou Bedingungen stellte, die er nicht annehmen konnte, wollte er nicht sein ganzes Lebenswerk verraten. Diese Entlassung durch den König hat Papandreou nicht zerbrochen. Er ist zwar etwas älter geworden, aber doch sprüht aus seinen Augen wieder der alte Kampfeswille.

"Bei den nächsten Wahlen werden wir wieder siegen. Diesmal aber mit einer so gewaltigen Mehrheit, daß uns nichts mehr auf unserem Wege zu einem modernen demokratischen Griechenland aufhalten kann." - "Glauben Sie, Herr Ministerpräsident, daß die Militärs in absehbarer Zeit eine freie Wahl zulassen werden?" - Erschrocken blickt mich Papandreou an: "Aber hinter uns steht doch das Volk. Das weiß doch die ganze Welt. Kein zivilisierter Staat wird zulassen, daß in Griechenland freie Wahlen unterdrückt werden."

Noch einmal frage ich: "Glauben Sie wirklich, Herr Ministerpräsident, daß die Militärs zusehen werden, wie ihnen das Volk die Macht durch Wahlen aus der Hand nimmt. Ist nicht damit zu rechnen, daß sie mit brutaler Gewalt, mit Panzern und Maschinengewehren das Volk von der Straße treiben werden?" - "Das ist nicht möglich. Nein, so etwas gibt es in Griechenland nicht. Wo das Volk steht, ist die Wahrheit, und wo die Wahrheit ist, ist der Sieg. - Sehen Sie, überall wo ich jetzt hinkomme, strömen mir die Menschen zu. Unser Volk hat es endgültig satt, vom Königshaus, von den Militärs und von den Spekulanten regiert zu werden."

\* \* \*

Ich sage nichts. Unwillkürlich muß ich an einen anderen großen Demokraten denken, der 1937 in Paris einmal etwas Ähnliches zu mir gesagt hat. Léon Blum, der große französische Sozialistenführer. Der Mann, der an die Demokratie glaubte und der nie wahrhaben wollte, daß es skrupellose Kräfte gibt, die um der Macht willen bereit sind, die Wahrheit zu zertreten...

An alles dies mußte ich denken, als ich jetzt las, wie das Volk von Athen seinen großen Georgios Papandreou zu Grabe getragen hat.

Ich glaube doch, daß die Wahrheit siegen wird.

+ + +